

Sehr geehrter Herr Merz,

Die politischen Veränderungen und die Entscheidungen des Bundestages zur Migrationspolitik der letzten Tage, die Sie maßgeblich vorangetrieben haben, treiben viele Menschen im ganzen Land um. Auch mich. Ich bin Vorsitzender eines Vereins, der in einem Hamburger Stadtteil seit bald zehn Jahren erfolgreich die Integration der zu uns geflüchteten Menschen fördert und unterstützt. Viele von uns haben in den vergangenen Jahren mit großem Einsatz Geflüchtete dabei unterstützt, die deutsche Sprache zu erlernen und auch sonst hier Fuß zu fassen. Wichtig war und ist uns Begegnungen und den direkten Kontakt von Geflüchteten mit Menschen, die schon länger hier leben zu ermöglichen und zu fördern. Das ist für alle eine bereichernde Erfahrung und fördert den Zusammenhalt.

Das Erstarren der AfD und die politischen Debatten der letzten Tage und Monate haben bei vielen der geflüchteten Menschen verständliche Ängste und Verunsicherung ausgelöst, die oft nur schwer aufzufangen sind. Das erschwert unsere Integrationsarbeit.

Aus unserer Sicht ist es politisch ein großer Fehler, sich von der AfD treiben zu lassen, indem Sie wie die AfD politische Stimmung auf Kosten der geflüchteten Menschen machen. So stärken Sie, wie viele Beispiele zeigen, schließlich die Rechtsextremen in der AfD und schwächen dadurch die Demokratie und die Grundrechte. Die Grundrechte, die im Grundgesetz garantiert sind, und dazu gehört auch das Recht auf Asyl, gelten für alle Menschen, nicht nur für die die schon hier leben. Wenn die Einreise in unser Land erschwert oder unmöglich gemacht werden soll, werden auch viele unschuldige Menschen in Not daran gehindert, ihre Rechte geltend zu machen.

Sie haben in der Debatte wiederholt erwähnt, dass Sie das politische Zusammenwirken mit der AfD in Kauf nehmen, weil Ihre Vorschläge sachlich richtig und unerlässlich seien. Es sei nach der schrecklichen Tat in Aschaffenburg eine neue Situation entstanden, die sofortiges Handeln verlange, um weitere solche Taten zu verhindern. Es trifft sicher zu, dass solche Taten, möglichst v verhindert werden müssen.

Nach allem, was bisher bekannt ist, wurde die Tat von einem Menschen, der aus Afghanistan zu uns gekommen ist und sich hier in psychiatrischer Behandlung befindet, verübt. Laut Pressemitteilung sei er jetzt in die forensische Psychiatrie eingewiesen worden.

Es ist nicht verständlich, wie die jetzt von Ihnen betriebenen Verschärfungen der Asylgesetze, solche und ähnliche Taten in Zukunft verhindern sollen. Ein psychisch kranker Mensch braucht eine entsprechende, angemessene Behandlung. Dazu gehören neben möglicherweise Medikamenten und gezielten Therapien auch ein sicheres Umfeld und wenn möglich familiäre Unterstützung. Das ist allgemein anerkanntes Wissen der Sozialpsychiatrie. **Es ist deshalb fachlich und sachlich falsch, den Familiennachzug für Geflüchtete, die alleine hier oft unter besonderem psychischem Druck stehen, zu erschweren.**

Ihr Gesetzesvorschlag führt also in die falsche Richtung, weil er nicht nur politisch verhängnisvolle Folgen hat, sondern weil er auch, was die Förderung der inneren Sicherheit angeht, sachlich und fachlich falsch ist. Er dient einzig und allein der politischen Stimmungsmache vor der Wahl. Ist es das wert?

Unsere Erfahrung an der Basis zeigt, dass eine gute Integration von Menschen, die hierher geflüchtet sind, und ein friedliches Zusammenleben weiterhin möglich sind, Hilfreich wäre da, auf negative politische Stimmungsmache auf dem Rücken der Geflüchteten zu verzichten, es muss darum gehen, diese Arbeit unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Martin Lindt  
Vorsitzender von Poppenbüttel Hilft e.V.